

// PRESSEINFORMATION //

GEW diskutiert über die Umsetzung des Rechts auf Bildung

„Zeit für mehr Zeit!“ lautet das Motto des Gewerkschaftstages der GEW, der vom 24. bis 25. Mai im Hotel Vierjahreszeiten in Bad Breisig stattfindet. Neben bildungs- und tarifpolitischen Themen wollen sich die 120 Delegierten, die aus allen rheinland-pfälzischen Regionen zusammengekommen sind, zu der Frage austauschen, wie in der aktuellen Krisensituation das Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder- und Jugendliche umgesetzt werden kann. Im Laufe des Gewerkschaftstages soll dazu eine Resolution verabschiedet werden.

„Wir werden unseren Einsatz für mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen in der frühkindlichen, schulischen und außerschulischen Bildung verstärken“, sagte Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW, anlässlich der Eröffnung des Gewerkschaftstages.

Der Vorsitzende kündigt darüber hinaus an, dass die GEW, die als Bildungsgewerkschaft die Interessen der Beschäftigten aller Bildungs- und Erziehungsberufe vertritt, die Arbeitsbelastung in den Kitas, den Schulen und Hochschulen sowie den Weiterbildungseinrichtungen im Land besonders in den Blick nehmen will. Dem Gewerkschaftstag liegen zahlreiche Anträge zu dieser Thematik vor. Es werden beispielsweise kleinere Klassen als Basis für modernes Unterrichten und erfolgreiche Förderung, die Ausweitung von Schulsozialarbeit und mehr Mittel für Vertretungskräfte gefordert. Auch das Thema gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit wird die Delegierten beschäftigen.

Die GEW will zudem Beschlüsse fassen, die den Fachkräftemangel in Bildungs- und Erziehungsberufen betreffen. Dazu liegen Anträge vor, die etwa die Schaffung eines Studiengangs für Förderschulkräfte an der Universität Koblenz oder die Studienmöglichkeit für Berufsschullehrkräfte im Bereich Sozialpädagogik betreffen.

„Wir sehen in der besseren Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen mit Fachpersonal eine wichtige Voraussetzung, um allen Kindern und Jugendlichen qualifizierte Angebote machen und auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen zu können. Letztendlich muss die gesamte Gesellschaft ein großes Interesse daran haben, dass gute Bildung gelingt und Integration erfolgreich stattfindet“, sagt Klaus-Peter Hammer, der gleichzeitig eine Erhöhung des rheinland-pfälzischen Bildungsetats fordert.

/-2-

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

Mit Sorge betrachtet die GEW die Entwicklung von Hass und Hetze im Netz, wovon sich immer mehr Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bedroht fühlen. Hier fordert die Bildungsgewerkschaft zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen und zur Sicherung der Demokratie. In diesem Zusammenhang will die GEW auch einen Antrag beraten, der die Demokratisierung des rheinland-pfälzischen Bildungswesens betrifft.

Mainz, 24.05.2022